

FINANZIELLE BILDUNG: QUALITÄT UND UNABHÄNGIGKEIT SICHERSTELLEN

Positionspapier des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv) zur geplanten nationalen Finanzbildungsstrategie und dem Bericht der OECD „Finanzbildung in Deutschland“ von Mai 2024

18. September 2024

VERBRAUCHERRELEVANZ

In-App-Käufe bei Handy-Spielen, „Buy now, pay later“-Angebote beim Online-shopping, die Wahl der passenden Altersvorsorge: Der Alltag steckt voller finanzieller Entscheidungen – in jeder Lebensphase. Je früher Verbraucher:innen Finanzkompetenzen erwerben, desto besser. Gerade junge Menschen verschulden sich zunehmend. Bei den 16- bis 29-Jährigen hat fast ein Drittel (31 Prozent) Probleme bei der Kreditrückzahlung, zeigt eine Umfrage des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv). Wenn es ums Geld geht, sollte bei Bildungsangeboten das Augenmerk aber nicht nur darauf liegen, was und wie es vermittelt wird, sondern auch wer dahintersteht. Die Unabhängigkeit von Bildung steht auf dem Spiel, wenn Bankmitarbeiter Schulklassen besuchen oder Finanzdienstleister Unterrichtsmaterialien entwickeln.

Eine Auswertung des Materialkompasses des vzbv zeigt, dass insbesondere bei Material aus der Wirtschaft genaues Hinsehen nötig ist. Der Materialkompass ist eine Datenbank für qualitätsgeprüfte Unterrichtsmaterialien zur Verbraucherbildung. Im August 2024 waren 130 Materialien zu Finanzthemen online, begutachtet und bewertet von unabhängigen Expert:innen. Der Anteil der Materialien mit schlechten Noten (befriedigend oder schlechter) war bei Angeboten der (Finanz-)Wirtschaft am höchsten (18 von 33). Die Gutachter:innen kritisierten eine unzureichende didaktische und inhaltliche Umsetzung, zudem mangelte es an einer ausreichend kontroversen Darstellung der Themen. Gerade diese ist aber entscheidend für eine reflektierte Urteilsbildung. Beim Thema Finanzen müssen alle Verbraucher:innen auf qualitativ hochwertige und unabhängige Bildungsangebote vertrauen können – in der Schule und darüber hinaus.

FORDERUNGEN

Mit Blick auf die Initiative „Finanzielle Bildung“ des Bundesministeriums der Finanzen und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, die unter anderem die Entwicklung einer nationalen Finanzbildungsstrategie und den Auf- und Ausbau einer Finanzbildungsplattform vorsieht, fordert der vzbv:

- ❖ Unabhängigkeit sicherstellen und Qualitätsstandards etablieren
- ❖ Finanzielle Grundbildung fokussieren

- Junge Menschen stärken
- Grenzen von Bildung anerkennen
- Finanzbildungsangebote nachhaltig finanzieren

Unabhängigkeit sicherstellen und Qualitätsstandards etablieren

Die geplante nationale Finanzbildungsstrategie bietet die Chance, über alle Bevölkerungsgruppen hinweg die Grundlagen für ein bewusstes finanzielles Handeln zu schaffen. Dies setzt aber unabhängige und qualitätsgesicherte Angebote und damit verbindliche Qualitätsstandards voraus. Solche Standards sind hilfreich für Akteure, die Angebote entwickeln, aber auch für Lehrende und Lernende, die geeignete Angebote suchen.

Insbesondere muss gewährleistet sein, dass Angebote unabhängig von wirtschaftlichen Interessen sind. Wenn Finanzbildung in den Händen der Finanzwirtschaft liegt, besteht zumindest ein Risiko der Einflussnahme. Das gilt es auszuschließen. Finanzbildung muss frei von Werbung und Vertrieb sein. Wer Angebote nutzt, die unter dem Label der nationalen Finanzbildungsstrategie verbreitet werden, muss zudem sichergehen können, dass sie unter inhaltlichen sowie didaktisch-methodischen Aspekten empfehlenswert sind und geprüft wurden. Eine Zertifizierung der Herausgeber ist nicht ausreichend. Denn die Qualität von Materialien ein und desselben Anbieters kann schwanken, wie der Materialkompass zeigt.

Das heißt für die Qualitätssicherung von Angeboten im Rahmen der Finanzbildungsstrategie: Es muss die Qualität des einzelnen Angebots geprüft werden, eine einfache Zulassung von Anbietern genügt nicht.

Finanzielle Grundbildung fokussieren

Der Bericht der OECD „Finanzbildung in Deutschland“¹ benennt Bevölkerungsgruppen, die besonders von einer Stärkung der Finanzbildung profitieren könnten. Hierzu zählen unter anderem Menschen mit eher niedrigem Einkommen oder Bildungsstand, Frauen und auch junge Menschen. Gerade sie würden von Maßnahmen im Bereich der finanziellen Grundbildung profitieren. Doch findet sich die finanzielle Grundbildung nicht in den Themenschwerpunkten wieder, die die OECD benennt. Diese leiten sich aus einer markt- und produktorientierten Perspektive ab: langfristiges Sparen und Altersvorsorge, Beteiligung am Kapitalmarkt, verantwortungsvolle Kreditnutzung, sichere Nutzung digitaler Finanzdienstleistungen und Umsetzung von Nachhaltigkeitspräferenzen. Finanzbildung muss sich aber am Bedarf von Verbraucher:innen orientieren, hierbei sind Erfahrungen aus der Schuldner- und Verbraucherberatung einzubeziehen. Aspekte wie eine ausgeglichene Haushaltsführung, die Vermeidung von Überschuldung, ein Verständnis für ökonomische Zusammenhänge sowie für Geld und Zahlungsverkehr (analog wie digital) und ein Bewusstsein für die Rolle als Verbraucher:in in Wirtschaft und Gesellschaft dürfen nicht außen vor bleiben.

Die finanzielle Grundbildung muss ein Kernelement der nationalen Finanzbildungsstrategie bilden.

¹ OECD (2024): Finanzbildung in Deutschland. Finanzielle Resilienz und finanzielles Wohlergehen verbessern. https://www.oecd.org/de/publications/finanzbildung-in-deutschland_c20b27ac-de.html (Stand: 16. September 2024)

Junge Menschen stärken

Die OECD empfiehlt weiter, dass die Stärkung der Finanzkompetenz jüngerer Generationen Priorität haben sollte. Das unterstützt der vzbv: Gerade bei jungen Menschen gilt es, im Sinne eines präventiven Verbraucherschutzes ein finanzielles und ökonomisches Grundverständnis zu entwickeln. Wer in jungen Jahren Finanzbildung erhält, ist auch im Erwachsenenalter offener dafür. Um junge Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft zu erreichen, muss die Finanzbildungsstrategie den Lernort Schule und somit auch die Kultusministerien aller Bundesländer einbeziehen. Damit Finanzbildung als Teil einer umfassenden Verbraucherbildung systematisch in der Schule verankert wird, braucht es verbindliche Vorgaben auf Landesebene und eine Einbindung in die Lehrpläne.

Die nationale Finanzbildungsstrategie muss darlegen, wie junge Menschen an Schulen mit einer unabhängigen Finanzbildung erreicht werden sollen. Eine Grundlage bietet die Empfehlung „Verbraucherbildung an Schulen“ der Kultusministerkonferenz²², die auch finanzielle Bildung umfasst.

Grenzen von Bildung anerkennen

Bildung verfolgt einen langfristigen Kompetenzerwerb und kann nur Teil eines Maßnahmenmixes sein, um Verbraucher:innen auf Finanzmärkten zu stärken. Die Verbesserung finanzieller Resilienz und des finanziellen Wohlergehens beschreibt die OECD als Ziel. Doch dies liegt nicht allein in der Hand von Verbraucher:innen. Die Informationsasymmetrie zwischen Verbraucher:innen und Finanzdienstleistern sowie Fehlanreize durch Provisionen im Finanzvertrieb zum Beispiel lassen sich nicht durch Finanzbildung überwinden. Solange Finanzberatung über den Anreiz von Provisionen läuft, die im Finanzprodukt stecken, besteht ein Interessenskonflikt. Dabei haben Verbraucher:innen in aller Regel das Nachsehen – egal wie gut sie informiert sind. Denn je höher die Provision ausfällt, desto teurer ist das Produkt. Und das geht meistens zulasten der Leistung.

Die Finanzbildungsstrategie muss die Grenzen von Bildung anerkennen und benennen. Es braucht strukturelle Veränderungen und Rahmenbedingungen, die es Verbraucher:innen leichter machen, bedarfsgerecht zu entscheiden.

Finanzbildungsangebote nachhaltig finanzieren

Eine Finanzbildungsstrategie ist nur so gut wie ihre konkreten Angebote. Und die gibt es nicht zum Nulltarif. Wenn die Bundesregierung Finanzbildung stärken und Lücken im Angebot füllen will, muss sie hierfür ausreichend Mittel bereitstellen. Die Haushaltslage ist angespannt, umso wichtiger ist eine nachhaltige Finanzierung.

Bevor neue Angebote aufgebaut oder sogar Doppelstrukturen geschaffen werden, sollte die Bundesregierung genau prüfen, welche etablierten Angebote es bereits gibt, die fortgeführt oder weiterentwickelt werden können.

²² Kultusministerkonferenz (2013): Verbraucherbildung an Schulen. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 12.09.2013. https://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2013/2013_09_12-Verbraucherbildung.pdf (Stand: 16.09.2024)

Kontakt

*Bundesverband der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände –
Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.*

Team Verbraucherbildung

verbraucherbildung@vzbv.de

Rudi-Dutschke-Straße 17, 10969 Berlin

*Der Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. ist im Deutschen Lobbyregister und
im europäischen Transparenzregister registriert. Sie erreichen die entsprechenden
Einträge [hier](#) und [hier](#).*